

Vortrag von
Armin Laschet
Staatsminister a. D.
Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrter Herr Präsident Ehlert! Sehr geehrter Herr Wolberg! Sehr geehrte Herren Kammerpräsidenten, lieber Ehrenpräsident aus Aachen, Dieter Philipp! Liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal danke ich Andreas Ehlert und dem Hausherrn Hans-Bernd Wolberg für die freundlichen Worte zur Begrüßung.

Ihnen allen wünsche auch ich ein glückliches, gesundes, erfolgreiches Neues Jahr 2016.

Ich danke für die Ehre, hier heute die Tischrede halten zu dürfen. Der französische Schriftsteller Pierre Daninos hat einmal gesagt, die Engländer hätten die Tischreden erfunden, um von den Ergebnissen der englischen Küche abzulenken. Aber da wir die Küche der WGZ Bank kennen, wissen wir, dass das heute nicht die Absicht ist.

Dieser Jahreswechsel 2015/2016 ist sicher ein Jahreswechsel besonderer Art. Um Jahreswechsel herum, um die Tage zwischen Weihnachten und Neujahr, hält jeder, obwohl es datenmäßig nur ein Wechsel von einem Monat auf den anderen ist, für sich selbst Rückblick. Man trifft die Familie, man erinnert sich an das Jahr 2015, an persönliche Ereignisse, vielleicht traurige oder schöne, erfolgreiche, was so ein Leben halt mit sich bringt, und man tauscht sich darüber aus.

Politisch macht man das gleichermaßen. Wir werden überflutet mit Jahresrückblicken, mit Ausblicken in das nächste Jahr. Ich finde, das ist im menschlichen Leben auch ein wichtiger Punkt, einmal ein paar Tage innezuhalten, Neujahrsempfänge durchzuführen, ein Dreikönigsessen, um innezuhalten und nachzudenken.

Die beiden Wortbeiträge, die wir gerade gehört haben, machten in unterschiedlichen Nuancen dieses Nachdenken sichtbar. Denn über das Thema, das Sie angesprochen haben, Herr Wolberg, wird in jeder Familie, in jedem Betrieb, an jedem Ort, wo sich Menschen begegnen, derzeit diskutiert. Der Deutschlandtrend, der heute veröffentlicht wurde, sagt, 50 % der Deutschen sind optimistisch und 50 % sind pessimistisch. Wenn das so ist, hat das nichts mit Parteipolitik zu tun, sondern schlicht mit der Frage, wie geht man an dieses Thema heran.

Aber in dem Nachdenken über das Jahr sind mir drei, vier Ereignisse noch im Blick, die wir zum Teil schon wieder vergessen haben und die zum anderen noch sehr aktuell sind. Das letzte Jahr hat begonnen mit Charlie Hebdo. Wir im Rheinland – für die aus Westfalen angereisten Kollegen ist es vielleicht schon etwas anders – sind kilometermäßig näher an Paris als an Berlin. Wir sind nach Westen orientiert. Aber in ganz Deutschland haben die Menschen das, was bei Charlie Hebdo passierte, als Anschlag auf unsere Werte, auf unsere Freiheit empfunden und Solidaritätsbekundungen überall im Land, vom Dortmunder U, das mit „Je suis Charlie“ aufmachte, bis hin zum Aachener Dom oder in Bielefeld der Sparenburg, haben sichtbar gemacht, wir solidarisieren uns.

Da ahnte man aber noch nicht, dass es noch schlimmer kommen konnte, als Charlie Hebdo war. Denn in einem Straßencafé hätte jeder von uns sitzen können, der einmal ein Wochenende nach Paris fährt. Übrigens kann man auch mal ein Wochenende nach Istanbul fahren; deutsche Touristen haben das jetzt erlebt und einige haben ihr Leben bei dem Terroranschlag gelassen. Die Welt ist unsicherer geworden. An dem Beispiel haben wir das so gespürt wie noch nie.

Vielleicht ist die Welt sogar für uns die letzten zehn Jahre übermäßig heil gewesen. Denn die Welt war immer schon so, wie sie jetzt in Paris und Istanbul zu spüren war. Nur wir lebten in einer Welt, in der uns das Elend, der Terror, der Krieg, die Gewalt nicht erreicht haben. Jetzt erreicht es auch uns. Das war das eine.

Dann hatten wir die Eurokrise. Sie haben das angesprochen. Sie war keine Krise des Euro, sondern eine Folge einer Weltfinanzkrise, die uns 2007 und 2008 nicht durch genossenschaftliche Banken, nicht durch Sparkassen und Volksbanken,

sondern durch völlig deregulierte Finanzderivatgeschäfte auf den Weltmärkten, fast wie 1929 an den Abgrund getrieben hätte.

Und Politik hat das bewältigt. Sie hat nicht die Fehler von 1929 gemacht, sondern hat gemeinsam reagiert – in Frankreich, in Deutschland –, abgestimmt, um die Weltwirtschaft vor einer riesigen Rezession zu bewahren. Deutschland ist stärker aus dieser Krise herausgekommen, als es hineingegangen ist. Das ist eine große Leistung der damaligen Großen Koalition, dass man in dieser Zeit mit Kurzarbeitergeld und vielen Mitteln unseres Sozialstaats die Beschäftigten gehalten hat. Als die Krise vorbei war, konnte man wieder auf die Fachkräfte zurückgreifen.

Die Staatsschuldenkrise und dann die Eurokrise sind Folgen dieser Krise. Die Staaten haben sich übermäßig verschuldet. Dass es auch da gelungen ist, Deutschland und Frankreich zusammenzuhalten, was angesichts der globalen Herausforderungen eine ganz wichtige Frage war, und von Griechenland Reformen abzuverlangen und gleichzeitig solidarisch zu sein, war eine Leistung, die heute schon wieder vergessen ist. Die Krise ist übrigens immer noch da; wir reden nur im Moment über andere Themen. Dass das aber gelungen ist, war ein Ergebnis des Jahres 2015.

Dann hatten wir den Ukraine-Konflikt. Über Konflikte, die beruhigt werden, reden wir ja schon kaum mehr. Aber das war eine Folge davon, dass Deutschland und Frankreich eng zusammenstanden. Der französische Präsident und die deutsche Bundeskanzlerin haben als Hauptvermittler zwischen Poroschenko und Putin und nach der Annexion der Krim erreicht, einen bevorstehenden potenziellen neuen Bürgerkrieg mitten in Europa, der ein Krieg zwischen der Ukraine und Russland mit all den potenziellen Folgen auch für uns und unsere Wirtschaft, aber auch für unsere Sicherheitslage gewesen wäre, zu beruhigen, zu Regeln zu führen. Die Bundeskanzlerin hat eine Nacht in Minsk verhandelt mit Ergebnissen, die inzwischen eingelöst werden und den Konflikt befriedet haben. Darüber reden wir nicht mehr. Aber wäre er so weitergegangen, wäre er eskaliert, hätten wir neben den Flüchtlingen aus dem Süden noch mehrere hunderttausend Flüchtlinge aus dem Osten, aus der Ukraine, aus Russland, ebenfalls bei uns – quer durch Polen – in Deutschland.

Danach kam die Flüchtlingskrise. Die hat nicht begonnen mit dem 5. September, sondern wir haben zu Beginn des Jahres hohe Flüchtlingszahlen gehabt aus dem Balkan, aus den Demokratien des Balkans. Bis Mitte des Jahres kamen 40 % der Flüchtlinge aus Demokratien: Serbien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina. Wir haben dazu gesagt, wir brauchen sichere Herkunftsländer. Man muss in der Systematik Asyl und Einwanderung sauber trennen. Asyl ist nur für Schutzbedürftige. Wer nicht schutzbedürftig ist, der muss zurückkehren. Ein Einwanderungsgesetz würde klarstellen, wen wir denn brauchen. Ein Einwanderungsgesetz richtet sich ausschließlich nach unseren deutschen Interessen. Darin besteht der Unterschied: Einmal helfen wir, und die anderen helfen uns. Dies systematisch zu trennen, war die Aufgabe. Da hat man Klarheit geschaffen. Aus dem Balkan kommen heute nur noch ein bis zwei Prozent der Flüchtlinge, aber nicht mehr 40 % wie bis Juni 2015.

Das Handwerk übrigens, die Wirtschaft – Sie, Herr Wolberg, haben schon am Tisch angekündigt, ich sage ein paar kritische Bemerkungen zur Politik – war auf dem gleichen politischen Mainstream wie die Politik. Der Präsident des Deutschen Handwerks hat sogar mit darum gekämpft, dass man von denen vom Balkan, die gut qualifiziert sind, doch lieber noch ein paar hierbehalten will, weil wir Fachkräftemangel haben. Ein DAX-Unternehmer aus dem Ruhrgebiet hat gesagt: Das, was wir mit den Flüchtlingen erleben, das ist der „German Dream“.

Wir haben bis August/September darüber geredet, dass das ein „Sommermärchen“ sei. Das war schon ein relativ unpassendes Wort, zu einer Flüchtlingskatastrophe zu sagen, das sei ein Sommermärchen. Aber diese Stimmung war die Atmosphäre, das Engagement der deutschen Bevölkerung, der Wirtschaft und der Politik und im übermäßigen Maße der Medien. „Refugees welcome“, war eine Kampagne der „BILD“-Zeitung. Jeder Bundesligaspieler musste mit „Refugees welcome“ seine Spiele absolvieren, weil das die Kampagne war, die medial bis August/September vorgegeben war. Also komme mir keiner mit der Idee, da ist eine verrückte Bundeskanzlerin, die hat sich mal erdacht, sie ruft ein paar Millionen Flüchtlinge hierher, und wir alle haben damit nichts zu tun.

(Beifall)

Alle – Wirtschaft, Handwerk, Sport, Medien – waren in diesem Drive.

Was hat die Bundeskanzlerin gemacht? Sie war am 4. September auf der Feier „70 Jahre CDU“ in Köln. Danach ist sie in ihr Auto gestiegen, und anschließend kam der Anruf des österreichischen Bundeskanzlers, dass nämlich Flüchtlinge von Budapest über die Autobahn auf dem Weg nach Deutschland waren. Zwei Tage vorher hatte sich das ganze Land darüber erregt – zu Recht –, dass 80 Flüchtlinge in einem Kühltransporter auf dieser Autobahn gefunden wurden. Man hat gesagt: Wollen wir jetzt das Risiko eingehen, dass die über die Autobahn laufen und weitere schreckliche Dinge passieren? Das war übrigens die gleiche Bundeskanzlerin, die drei Wochen vorher in einer Fernsehdiskussion dem palästinensischen Mädchen Reem gesagt hatte: Es wird nicht jeder hierbleiben können. Asyl ist nur für Schutzbedürftige.

Wie haben die deutschen Medien und die deutsche Öffentlichkeit reagiert? Was ist das doch für eine eiskalte Frau. Wie kann man so einem kleinen Mädchen versuchen zu erklären, dass nicht jeder hierbleiben wird. Der „Stern“ hatte das Titelbild „Die Eisprinzessin“. Angela Merkel – Frau ohne Herz – sagt dem Mädchen, es kann nicht jeder hierbleiben. Vier Wochen später „SPIEGEL“-Titelbild: „Mutter Teresa“. Die Mutter Teresa, die die ganze Welt einlädt, zu uns zu kommen.

Wir müssen wieder ein Stück zu Rationalität und Sachlichkeit zurückkehren. Sie ist weder Mutter Teresa noch Eisprinzessin, sondern ich behaupte, an diesem Tag hätte jeder deutsche Bundeskanzler – auch Horst Seehofer – entschieden, wir bringen die Menschen geordnet ins Land und lassen sie nicht über die Autobahn laufen.

(Beifall)

Das ist die einzige Entscheidung, die gefällt worden ist.

Was passierte dann? Die Menschen kamen am Münchener Hauptbahnhof an, und die Münchener sind hinmarschiert und haben diese berühmte Willkommenskultur – das Klatschen bei Flüchtlingen, das Applaudieren –, die Begeisterung, dass die Menschen sicher in Deutschland angekommen waren, als Zivilgesellschaft ausgestrahlt. Das hat nicht die Politik beschlossen.

Seither hat sich die Zahl nicht dramatisch erhöht. Sie ist auf dem gleichen Niveau geblieben. Heute stehen wir vor der Kernfrage: Wie kann das gelingen, wirklich nur Schutzbedürftigen zu helfen, die Zahl drastisch zu reduzieren – denn dieses Land wird nicht jedes Jahr eine Million Flüchtlinge aufnehmen können – und trotzdem denen, die wirklich verfolgt sind, zu helfen? Das ist die Kernaufgabe.

Dafür gibt es zwei Lösungen. Die einen glauben, man könnte in Salzburg an der Grenze das Problem lösen. Die Bundesregierung – die Bundesregierung besteht nicht nur aus der Bundeskanzlerin, sondern aus dem Bundesinnenminister, dem Bundesaußenminister, einer Großen Koalition, drei CSU-Ministern; wir haben eine breite Bundesregierung – sagt, wir brauchen eine internationale Lösung. Das fängt damit an, dass man im Herkunftsland die Bedingungen verbessert, damit man dableiben kann.

Ich habe das Flüchtlingslager Zaatari in Jordanien mit 80.000 Flüchtlingen besucht, fünf Kilometer südlich der syrischen Grenze, mit guten Bedingungen. Aber dass die Bedingungen da gut sind, liegt auch daran, dass das der Mittelstand der Gesellschaft ist; das sind keine armen Leute: Handwerker, die zum Teil Geld hatten in Syrien, die jetzt in den Süden dem Krieg entflohen sind. Man muss Bedingungen schaffen, dass die dableiben, damit, wenn der Krieg zu Ende ist, sie wieder schnell zurück in ihre Heimat können: im Libanon, in Syrien und in der Türkei. In der Türkei sind zweieinhalb Millionen Flüchtlinge.

Was haben wir aber als Europäische Union gemacht? Wir haben die Mittel für den Hohen Flüchtlingskommissar – 28 Dollar pro Monat, also ein Dollar pro Tag – gekürzt auf 13 Dollar. Bildung für Kinder gab es nicht mehr in den Flüchtlings-einrichtungen. Wenn einer nichts mehr hat, keine Perspektive hat und auch noch zu hungern beginnt, dann sagt er sich: Ich gehe auch diesen Weg aufs Meer nach Europa. Ich habe nichts mehr zu verlieren.

Insofern steuert man jetzt um. Drei Milliarden Euro der Europäischen Union werden verwandt, um die Bedingungen zu verbessern. Leider mit Herrn Erdogan; jemand anders ist nicht da. Das ist Realpolitik, dass man mit demjenigen, der da herrscht, dann auch reden muss. Aber man macht gleichzeitig zur Bedingung, Flüchtlingslager so auszustatten, dass man dableiben kann, plus Bekämpfung des Schleppertums.

Sie wissen, ich bin mit Cem Özdemir befreundet. Er kennt sich sehr gut in der Türkei aus. Er sagt mir: In Ankara können Sie die Büros der Schlepper sehen. Da gehen die Polizeibeamten mit Geldbündel hinaus. Dort werden zwei Milliarden Dollar umgesetzt. Das ist ein riesiger Markt. Wenn Herr Erdogan willens wäre zu helfen, könnte er diese Büros schließen, die Schlepper bekämpfen, verhindern, dass die Menschen überhaupt auf die Boote steigen, und Bedingungen in den Flüchtlingslagern schaffen, dass keiner mehr flüchtet. Darüber wird gerade international verhandelt. Der Weg ist richtig.

Der zweite Schritt ist: europäischer Grenzschutz. Was haben wir denn gemacht? Wir haben die Grenzen in Europa abgeschafft. Der Zoll hatte keine Funktion mehr. Wir haben zig Zollbeamte gehabt. Wenn ich manchen Handwerker höre, ist der Zoll heute zuständig für die Kontrolle des Mindestlohns. Jetzt marschieren Zollbeamte hochbewaffnet in Bäckereien und prüfen, ob denn die Listen zum Mindestlohn richtig geführt sind. So setzen wir den Zoll ein.

(Beifall)

Da kennt jeder in Ihrem Umfeld ein Beispiel. Die griechischen Zollbeamten sollen allein die gesamte Europäische Union schützen, ein Staat von dem wir wissen, dass er in sich schon kaum funktioniert. Also man hat in Europa Grenzen abgeschafft. Um den Kampf geht es jetzt auch: Wollen wir wieder nationale Grenzen haben? Ein Riesenproblem für Binnenmarkt und wirtschaftliche Entwicklung. Angela Merkel kämpft für das Projekt „Schengen“ und „Europa“, wenn sie keine nationalstaatliche Lösung will.

Als man die Grenzen abschaffte, hätte man die Zollbeamten in eine europäische Grenzagentur schicken müssen, eine EU-Grenzpolizei, in die jedes Land seine Leute schickt, und die Griechen nicht allein die Grenzen schützen lassen. Damit beginnt man jetzt – viel zu spät. Das ist jetzt der zweite Schritt.

Also es geht darum, einmal die Türkei in die Pflicht zu nehmen und zum anderen die griechische Außengrenze so zu schützen, dass nicht mehr Flüchtlinge kommen.

Drittens. Europäischer Verteilschlüssel: Es kann nicht sein, dass Deutschland die ganze Last trägt. Nur auch da besteht kein Grund zur Selbstherrlichkeit. Die deutschen Innenminister haben noch bis vor drei, vier und fünf Jahren – auch die, die jetzt große Reden halten, was man alles machen muss – gesagt: Die EU-Kommission soll sich bloß aus der Flüchtlingsfrage heraushalten. Das können wir Nationalstaaten alleine. Nicht, dass die EU noch erfindet, sie hätte eine Zuständigkeit für Flüchtlinge, für Verteilschlüssel. Das ist Sache des Nationalstaats. Der wird das regeln.

Ja, so haben sie geredet, als die Flüchtlinge alle in Lampedusa waren. Da war nämlich keiner bei uns. Jetzt sind sie bei uns, nun gehen wir zum Gipfel und sagen: Liebe Europäer, wir brauchen europäische Verteilschlüssel. Dass die anderen Länder mal ein paar Tage brauchen, um solch eine Hundertachtzig-Grad-Drehung der deutschen Bundesregierung mitzugehen, und jetzt sagen, ihr habt doch vor drei Jahren gesagt, kein europäischer Verteilschlüssel, jetzt wollt ihr aber einen europäischen Verteilschlüssel, kann man verstehen. Trotzdem ist er richtig. Alle Länder müssen entsprechend ihrer Stärke ihren Beitrag leisten, um eine solche, dem syrischen Bürgerkrieg und dem Irakkrieg, an dem der Westen auch nicht ganz unschuldig war, folgende Krise in einem internationalen Rahmen zu lösen.

Dann brauchen wir in den europäischen Mitgliedsstaaten Standards, dass die Flüchtlinge auch dort bleiben können – in Griechenland, in all den Ländern auf der Balkanroute. Außerdem brauchen wir innenpolitische Gesetze, die alle beschlossen sind, wo klipp und klar ist, wer abgelehnt wird, wer nicht schutzbedürftig ist, muss auch zurückgeführt werden, ein Abschiebemanagement, möglichst ohne die Menschen erst in die Kommune zu überweisen.

Nordrhein-Westfalen verlagert – im Gegensatz zu Bayern – die gesamte Erstaufnahme per Amtshilfe in die Kommunen. Jetzt fragen Sie einmal Ihren Bürgermeister vor Ort, wie der abschiebt. Der holt dann Kinder aus dem Kindergarten. Sobald er das tut, engagiert sich die gesamte Pfarrgemeinde, die Schulgemeinde für dieses eine Kind. Dies dürfe nicht abgeschoben werden. Dann will er abschieben, aber der Dolmetscher ist nicht da. In einem anderen Fall ist einer krank, und dann fehlt einer. Das kann eine Kommune nicht leisten.

Baden-Württemberg, grün regiert mit grünem Ministerpräsidenten, mit Erstaufnahmestelle Heidelberg. Erstaufnahmestelle, schnelles Verfahren. Nach einer Woche ist geklärt, ob jemand schutzbedürftig ist oder nicht. Ist er nicht schutzbedürftig, wird er zurückgeschickt, ohne dass er in die Kommune überwiesen wird. Das ist eine logische Folge, wie man es machen könnte.

Das ist im rot-grünen Nordrhein-Westfalen aus bekannten Gründen nicht möglich. Aber das würde klären, wer schutzbedürftig ist und wer nicht. Derjenige, der dann schutzbedürftig ist, muss schnell Deutsch lernen, der muss eine Garantie haben, dass man einen Ausbildungsplatz auch danach in eine Stelle münden lassen kann. Ein Handwerker bildet ja gerne auch Leute aus, die er danach behalten kann und die nicht nach drei Jahren Ausbildung das Land verlassen müssen. Das ist das, was Herr Wollseifer anmahnt. Das ist auch eines der großen Themen, die für die Wirtschaft wichtig sind.

Das war jetzt erst die Vorbemerkung.

(Heiterkeit)

Sie merken daran, es ist wirklich die Zeit gekommen – wenn es emotional wird, umso mehr –, sauber zu differenzieren, wie man welches Ziel am besten erreicht.

Unterstellen wir einmal, wir würden morgen die Obergrenze von Herrn Seehofer – 200.000 – beschließen, unabhängig von der Frage, was wir mit dem 200.001. machen, der verfolgt ist; lassen wir das einmal dahingestellt: Wenn wir sie morgen beschließen würden, hätte das an dem Problem des Kölner Hauptbahnhofs am Silvesterabend nichts geändert, null Komma null. Denn auch unter 200.000 können 50 oder 100 sein, die solche kriminellen Taten begehen. Deshalb war das, was uns heute im Landtag beschäftigt hat, nicht eine Frage der Flüchtlingspolitik, sondern eine der inneren Sicherheit. Glaubt ernsthaft irgendjemand in diesem Saal, dass die bayerische Polizei länger als eine Stunde am Münchener Hauptbahnhof ein solches Theater zugelassen hätte, wie wir es in Köln am Silvesterabend erlebt haben? Das passiert woanders in dieser Form nicht. Das ist Organisationsversagen. Das ist mangelnder Wille, Recht durchzusetzen. Das ist am nächsten Tag Schönredeerei.

Wir wissen heute, dass bereits in der Nacht – das ist heute bekannt geworden – vom Silvestertag auf den Neujahrstag der Innenminister einen Bericht bekommen hat, wie das Ausmaß ist, dass massenpanikhafte Situationen drohten und dass sexuelle Übergriffe gegen Frauen stattgefunden haben. Das ist seit Neujahr bekannt gewesen. Es hat niemand die Schönrederei in Köln durch den Polizeipräsidenten – es war eine friedliche Silvesternacht, etwas ausgelassen, aber friedlich; so lautete ja die erste Pressemeldung –, es hat niemand am Neujahrstag, am 2. Januar, am 3. Januar die Dinge richtiggestellt. Erst die Medien haben am 4. Januar erstmals berichtet, was sich da wirklich zugetragen hat.

So geht Vertrauen verloren, wenn die Menschen den Eindruck haben, da wird etwas geheim gehalten, da wird die Tätergruppe geheim gehalten. Die Politik sagt uns nicht die Wahrheit. Dann beginnen die Menschen Vertrauen in staatliche Institutionen zu verlieren. Deshalb ist das die zweite Seite: Rechtsstaat muss man durchsetzen.

Wir haben jetzt in Mainz in der Bundesvorstandsklausur beschlossen, dass nicht erst ab drei Jahre Haft ohne Bewährung – Sie müssen sich vorstellen, wie schwer man kriminell sein muss; drei Jahre ohne Bewährung ist ein sehr hohes Level –, sondern auch bei Bewährungsstrafen und bei Serientätern, die sechzigmal straffällig werden, eine sofortige Rückführung erfolgen muss. Das ist die andere Seite der gleichen Medaille.

(Beifall)

Trotzdem ist die Frage, wie diese Integration gelingen kann. Das Handwerk hat viele Papiere, große Aktivitäten. Überall vor Ort in den Kammern merkt man, dass man sich mit diesem Thema beschäftigt und dass man eine Menge Expertise vorzuweisen hat, wie die Integration gelingen kann.

Wir haben ja unterschiedliche Gruppen. Die Täter in Köln waren übrigens vorwiegend Leute, die seit zwei, drei Jahren im Land sind. Es waren auch ein paar Flüchtlinge dabei. Es waren Marokkaner, Tunesier und Algerier. Das sind eigentlich alles nicht unmittelbar Verfolgte.

Zu den Syrern: Ich habe Ihnen eben gesagt, dass ich in Zaatari in Jordanien war. Wir saßen in Amman mit der Botschafterin zusammen. Die Botschafterin sagte:

Die Möbel, die Sie hier sehen, die Lampen, die Schränke – alles das, was Sie hier sehen –, die Tische, sind alle von Syrern. Die Jordanier haben nicht diese handwerklichen Fähigkeiten. Syrien ist in der gesamten Region bekannt dafür, dass es dort besondere handwerkliche Begabungen gibt. Die Syrer beliefern quasi den ganzen arabischen Raum.

Die Arbeitsagenturen melden mir, viele der Syrer wollen gar keine akademische Ausbildung, sondern sind eher an einer handwerklichen Tätigkeit interessiert. Wir wissen es noch nicht bei allen. Darunter wird es auch völlig Unqualifizierte geben, aber die Chance, dass duale Ausbildung eine Antwort sein kann, wie man denn Integration zum Erfolg bringt, ist etwas, was wir in diesen Tagen spüren.

Ich habe übrigens Frau Löhrmann gesagt, das Schulschließen, insbesondere das Hauptschulschließen, kann man mal für ein paar Monate bis Jahre einstellen. Vielleicht ist gerade in einer solchen Phase eine gut funktionierende Hauptschule mit einer engen Nähe zur dualen Ausbildung und zu einem handwerklichen Weg, der bessere Weg als jeden mit dem Ziel auszubilden, möglichst viele Akademiker zu produzieren, wie uns die OECD das ja immer vorgibt. Vielleicht ist das der bessere Weg.

(Beifall)

Behutsamkeit in diesem Feld und duale Ausbildung stärken. Ich weiß, wir haben in der Handwerks-Enquete viele Themen, woran es hapert. Bei unserer letzten Begegnung habe ich diesen Gedanken mitgenommen, berufserfahrenen Meistern den Weg, Berufsschullehrer zu werden – das ist, wie Sie wissen, sehr kompliziert –, zu ermöglichen. Dieses Ziel sollte weiter verfolgt werden. Man muss nicht nur eine akademische Studienausbildung haben, um ein guter Berufsschullehrer zu sein.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel, wie dieses Land Nordrhein-Westfalen das einmal vorbildlich geschafft hat. Das war mein eigener Vater. Er war Bergmann im Aachener Revier, war nachher Steiger. Dann gab es einen CDU-Kultusminister namens Paul Mikat. Paul Mikat hat gesagt: Wir haben Lehrermangel. Wir holen berufserfahrene Menschen, ermöglichen denen ein verkürztes Studium, um in den Lehrerberuf überwechseln zu können. Mein Vater hat dann nachts unter

Tage gearbeitet – 1968/69 –, hat ein Lehrerstudium absolviert und war nachher Rektor einer Grundschule. Er hat auf diesem Weg sein Berufsleben verändert.

Diese Idee müssen wir jetzt auf die Berufsschulen übertragen. Wenn es in technischen Fächern viele gibt, die zwar Ingenieurwissenschaften studieren, dann aber eine ganz andere Karriere machen und nicht Berufsschullehrer werden wollen, dann müssen wir qualifizierten Handwerkern, Meistern ermöglichen, in einer neuen Form diesen Quereinstieg zu schaffen. Das stabilisiert unser duales System und ist eine Möglichkeit, dieses in der ganzen Welt kopierte System auch bei uns umzusetzen.

(Beifall)

Dann werden wir, wenn die Flüchtlingsintegration gelingen soll, Abstand nehmen müssen von vielen Weisheiten der letzten Jahre. Eine dieser Weisheiten lautet: Unser politisches Ziel ist Flächenverbrauch null. „Flächenverbrauch null“ in Nordrhein-Westfalen ist der Grundgedanke des Landesentwicklungsplans. Das heißt im Sauerland: Wenn ein Betrieb da ist, der sich erweitern will – viele neue Arbeitsplätze entstehen derzeit gerade im Sauerland, in Ostwestfalen und im Münsterland –, dann darf der sich nicht erweitern, weil Flächenverbrauch null gilt. Dem sagt man: Wir hätten aber noch die freie Opelfläche in Bochum.

So kann man aber nicht Wirtschaftspolitik machen. Der Betrieb wird sich entweder gar nicht erweitern, oder er wird, wenn er sich erweitern muss, sich fragen, wo er freie Flächen findet. Die liegen dann meistens im Süden Deutschlands. Die Gewerbesteuer wandert ab, die Steuerkraft wandert ab. Am Ende wundern wir uns, dass Nordrhein-Westfalen Schlusslicht bei der Steuerkraft, bei der Investitionskraft und bei vielen anderen Punkten ist.

Wie wollen Sie denn bei Flächenverbrauch null eine Million Menschen in Deutschland in Wohnungen bringen? Wir werden in den nächsten Jahren bauen müssen: bauen, bauen, bauen. Das Handwerk wird davon übrigens gewaltig profitieren. Übrigens von den 17 bis 18 Milliarden Euro, die Herr Schäuble und die Länder im Moment für die Flüchtlinge ausgeben, profitiert auch die Binnenkonjunktur gewaltig. Das war zwar nicht der Sinn der Sache, aber dieses Geld fließt komplett in Erzieher, Wachdienste, Zelthersteller, Bäckereien, die Menschen mit

Essen versorgen müssen, Nahrungsmittel und, wenn sie demnächst in Wohnungen umziehen, in Wohnungseinrichtungen und vieles mehr.

Das wird im Moment verdeckt. Aber dieses Konjunkturprogramm, bei dem es keinen Mitnahmeeffekt im Ausland gibt, wo fast alles ins Inland fließt, ist größer als Abwrackprämie und vieles andere, was wir in den letzten Jahren hatten.

Das ist auch der Grund, weshalb wir solch einen hohen Beschäftigungsstand haben. Rund um manche Flüchtlingsunterkunft sagen mir die Leute: Wir finden kaum mehr Personal für Sozialarbeiter, für Wachdienste und alles, was da derzeit erforderlich ist – Deutschlehrer, Integrationskurse. Das ist alles Beschäftigung, über die wieder in die Steuerkassen eingezahlt wird, weil Menschen aus den sozialen Sicherungssystemen in eine Beschäftigung wechseln. Man muss also diese beiden Seiten sehen. Gebaut wird in den nächsten Jahren gewaltig. Anders wird diese Integrationsaufgabe nicht erfolgreich bewältigt.

Die eher wirtschaftspolitische Frage lautet: Wie können wir denn auf Dauer genug Arbeit in Deutschland erhalten, und wie können wir dieses hohe wirtschaftliche Wachstum, das wir derzeit haben – Nordrhein-Westfalen etwas schwächer als die anderen –, sichern. Ich glaube, dass die Integrationsaufgabe nur gelingen kann, wenn wir dieses Wachstum haben. Stellen Sie sich einmal vor, wir hätten fünf Millionen Arbeitslose wie vor ein paar Jahren. Dann würden wir in Deutschland anders diskutieren.

Wir müssen den hohen Beschäftigungsgrad und die wirtschaftliche Stärke erhalten. Dazu ist meine Feststellung: Wir liegen in all diesen Werten in Nordrhein-Westfalen immer hinten. Nordrhein-Westfalen hat immer weniger als der Schnitt der deutschen Länder. Eine McKinsey-Studie besagt: Hätten wir als Wirtschaftswachstum nur den Durchschnitt der deutschen Länder, dann hätte Nordrhein-Westfalen 3,2 Milliarden € mehr Steuereinnahmen. Dann bräuchten wir über Finanzprobleme, über Schulden nicht mehr zu reden. Das ist mehr als wir im Jahr an Krediten aufnehmen. Wir nehmen im Moment zwei Milliarden Euro auf – mit steigender Tendenz. Neun deutsche Länder kommen ohne neue Kredite aus. Minister Schäuble hat einen Jahresüberschuss von zwölf Milliarden Euro. Sie haben gesagt, woran das teilweise liegt, wie er das finanziert, nämlich mit niedrigen

Zinsen. Nur die niedrigen Zinsen gibt es in Nordrhein-Westfalen auch. Trotzdem gelingt es hier nicht, sondern es müssen immer neue Schulden gemacht werden.

Also diese Leistung ist nur zu schaffen, wenn wir die Wirtschafts- und Steuerkraft im Land stärken. Rot-Grün macht aber dauernd Gesetze, die das behindern. Tariftreue- und Vergabegesetz, Klimaschutzplan noch einmal ins Kleinste vorge-schrieben in Nordrhein-Westfalen, Landesentwicklungsplan, der Entwicklung be-hindert. Dann haben wir die Grunderwerbssteuer. Der höchste Wert in ganz Deutschland. Sie können das querdurch definieren. Dabei machen wir es denen schwer, die Unternehmer sind, die was unternehmen wollen. Die sind mehr mit Bürokratie beschäftigt als mit ihrer eigentlichen Arbeit.

Ich wünsche mir manchmal eine Mentalität in der Landesregierung, bei der mor-gens ein Beamter ins Ministerium geht und nicht sagt, was könnte ich heute noch regeln, sondern, welche Vorschrift schaffe ich heute einmal ab.

(Beifall)

Wir regeln alles. Warum brauchen wir ein Tariftreue- und Vergabegesetz, wenn wir einen gesetzlichen Mindestlohn in Berlin haben und ein Drittel jetzt schon vor dem Europäischen Gerichtshof gescheitert ist, weil es nicht europarechtskonform ist? Warum machen wir das? Da sitzen Leute, die das erdenken müssen. Dazu brauchen sie mehr Personal in der Landesverwaltung. Dann haben sie im Betrieb Leute, die bei einer Ausschreibung das alles berücksichtigen müssen. Schließlich sitzt in der Kommune einer, der darauf sehen muss, ob er die Ausschreibung korrekt macht. Überall wird Personal beschäftigt, und am Ende erhalten die glei-chen den Auftrag, die den auch vorher gehabt hätten. Das ist Bürokratie. Man beschäftigt Leute mit Arbeiten, die völlig überflüssig sind. Das müssen wir redu-zieren.

Zwei letzte Bemerkungen, weil wir bald essen und die handwerklichen Künste des Koches und der Köchin genießen wollen: Ich denke, dass wir in zwei Feldern hinter den anderen Ländern liegen. Sie sind der Schlüssel dafür, wie wir voran-kommen können. Das ist einmal unsere Infrastruktur.

Wenn 10.000 Brücken nicht mehr befahrbar sind, wenn Sie jeden Morgen 200 km Staus haben, ärgert uns das persönlich, wenn wir in diesen Staus stehen,

aber es belastet auch die Volkswirtschaft, jeden Handwerksbetrieb, der rechnen muss, wie lange dessen Leute auf der Straße unterwegs sind, jedes Unternehmen. Im Sauerland ist das wieder ganz dramatisch, wenn man dort produziert; mir hat einer geschildert, früher brauchte er mit schweren Geräten eine Nacht bis zum Duisburger Hafen – Hilchenbach, SMS Siemag –, heute fahren sie fast sieben oder acht Tage, um eine Brücke zu nutzen, die noch tragfähig ist. Das ist aber eine Frage von Wettbewerbsfähigkeit, ob wir die Güter, die wir produzieren, nicht nur just in time, wie das früher hieß, sondern just in sequence in die Förderkette hinein in einen fließenden Produktionsprozess liefern können. Wenn wir das nicht mehr können, werden die Unternehmen am Ende dahin gehen, wo sie es können. Das betrifft viele Automobilzulieferer.

Unser Problem ist, dass viele starke Unternehmen mit wachsenden Arbeitskräftezahlen sich eher in ländlichen Regionen befinden. Da gibt es eine schlechte Infrastruktur. Es ist für ein Land wie Nordrhein-Westfalen undenkbar, dass man in Leverkusen und in Duisburg nicht mehr über den Rhein fahren kann. Wenn Sie von den Ford-Werken linksrheinisch zu den Bayer-Werken rechtsrheinisch fahren, fahren Sie 40 km Umweg. Das ist ärgerlich, das ist auch ein volkswirtschaftliches Problem.

Ich bin froh, dass der gepanzerte Wagen der Ministerpräsidentin auch über 3,5 Tonnen wiegt. Selbst sie muss, wenn sie dort fahren will, 40 km Umweg fahren. So merkt sie einmal, was die Wirtschaft erlebt.

Zuletzt war der chinesische Staatspräsident in Nordrhein-Westfalen. Er hat eine Zuglinie eröffnet von Duisburg-Hafen nach Chongqing in 16 Tagen. Das ist eine schöne Sache für Exportunternehmen. So muss man nicht über die Weltmeere liefern. Ich habe gesagt: Es ist schön, dass ihr von Duisburg-Hafen nach Chongqing kommt, aber es wäre auch schön, wenn wir in Leverkusen noch über den Rhein kämen. Das wäre mal etwas, womit man beginnen könnte. Wir spinnen immer irgendwelche Dinge, aber die Grundinfrastruktur stimmt in diesem Land nicht mehr.

Das zweite Thema betrifft das Breitband. Horst Seehofer weiß, Bayern hat viele Unternehmen in ländlichen Räumen und gibt zwei Milliarden Euro aus, um

schnelles Internet in ländliche Räume zu bringen. Nordrhein-Westfalen 70 Millionen Euro. Damit kann man einen halben Landkreis ausstatten. Wir stehen aber in zehn Jahren wieder hier beim Dreikönigsessen 2026 – Präsident Ehlert und ich in neuer Funktion –

(Heiterkeit)

und sagen, die Bayern sind schon wieder vorne. Die sind vorne, weil sie in die richtigen Maßnahmen investieren. In Infrastruktur jetzt zu investieren betrifft die Frage von Arbeitsplätzen und Wettbewerbsfähigkeit in wenigen Jahren. Ich denke, auch bei uns – Herr Schulte, im Dortmunder IDUNA-Park – gibt es das Gefühl, wir wollen auch einmal die Bayern schlagen. Wir wollen auch einmal vorne sein. Diese Mentalität wollen wir haben. Im Handwerk gibt es die ja. Jeden Tag, wo man hinkommt, eine neue Herausforderung, individuell angefertigt, nie Massenware. Immer individuell bei jedem Produkt denken, das ist Handwerk. Davon kann die Politik viel lernen. Wenn uns das gelingt, dann werden wir wirklich zum Aufsteigerland. Wenn der Flüchtling, der kommt, die Mentalität mitbringt, ich will es schaffen, dann sind Handwerker die Leute, die sagen: Uns interessiert nicht, wo du herkommst. Du musst gut sein. Und du brauchst Eltern, die sagen, dir soll es besser gehen als uns. So wie das bei meinen Eltern und bei meinen Großeltern war. Den Kindern soll es besser gehen als den Eltern. Das war die Mentalität, die Deutschland groß gemacht hat.

Wenn wir dass alles hinbekommen, dann kann man auch sagen: Wir schaffen das!

(Beifall)

Wenn wir das nicht hinkriegen, dann werden wir riesige Desintegrationsprobleme in den nächsten Jahren haben. Insofern, glaube ich, dass das in der Tat – das haben Sie richtig beschrieben – die größte Aufgabe nach der Wiedervereinigung ist. Deutschland hat schon vieles geschafft, und ich glaube, wir werden auch das schaffen. – Vielen Dank.

(Beifall)